

Bezugspreis:

Wierteljährlich 180.— M. monatlich 45.— M. ...

Der "Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage "Welt und Zeit" ...

Telegraphen-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Montag, den 24. Juli 1922

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3

Bayern gegen das Reich.

München, 24. Juli. (WZB.) Zur Krise in Bayern schreiben die "Münchener Neuesten Nachrichten":

Der Ministerrat hat in der Angelegenheit der Schutzgehe mit ihrer Anwendung in Bayern die Vorschläge der Bayerischen Volkspartei sich zu eigen gemacht...

Die Rechtsprechung bayerischen Gerichten überwiegen wird.

Die Verordnung wird heute, Montag, die Fraktionen der Koalition und die auf dem Boden der Regierung stehende Mittelpartei beschäftigen...

diesen Weg nicht für gangbar halten, weil Reichsgesetze, die bereits rechtsgültig sind, nicht durch Sonderverordnungen umformt werden können.

Das Reichskabinett ist heute morgen zusammengetreten, um über die Lage zu beraten...

Die Absichten Bayerns sind noch immer einigermaßen dunkel. Zwar ist der Wille erkennbar, der Durchführung verfassungsgemäßer beschlossener Reichsgesetze Widerstand zu leisten...

Um das deutsche Moratorium.

Die Nachrichten aus Paris lassen erkennen, daß Poincaré mit seiner vornehmlichen Feststellung der angeblichen Verschuldung Deutschlands an dem Zusammenbruch der Mark sich verrannt hat...

In dieser widersprechenden Haltung, die zwischen der Erteilung eines längeren Moratoriums und einer sofortigen militärischen Aktion hin- und her schwankt...

Das Londoner Programm.

Paris, 24. Juli. (WZB.) Nach einer Mitteilung der Agentur Havas werden bei der Zusammenkunft Lloyd Georges mit Poincaré außer der Reparationsfrage noch andere Angelegenheiten zur Förderung kommen...

die Reichsverfassung schützen, wenn sie nicht vor den Staatsgerichtshof kommen wollen.

Würde die Reichsregierung sich damit einverstanden erklären, daß Reichsrecht durch Landesrecht gebrochen werden kann...

Wenn Bayern also weiß und wissen muß, was ihm das Reich auf einen verfassungsrechtlich unmöglichen Vorschlag antworten wird...

Auch eine Volksbefragung in Form einer Neuwahl des bayerischen Landtags oder in anderer Form kann an diesem Sachverhalt nichts ändern.

In Wirklichkeit bestehen in der bayerischen Bevölkerung selber über das Vorgehen ihrer Regierung die aller schwersten Meinungsverschiedenheiten...

Die Spannung in München.

München, 24. Juli. (WZB.) Eine Gruppe von 60 jüngeren Leuten zog unter Abkündigung von antisemitischen Siedern durch einige Münchener Straßen...

Gegen die Sowjetjustiz.

Rotterdam, 23. Juli. (Eigenes Drahtbericht.) In einer großen Versammlung der Rotterdamer Arbeiterschaft protestierte diese einstimmig nach einer Rede Kurt Rosenfelds...

Dollar etwa 500.

Bei Beginn der neuen Woche waren die ausländischen Zahlungsmittel an der Berliner Börse sehr heftigen Schwankungen ausgelegt.

Umwandlung des Zentrums?

Die große christliche Partei der Mitte.

Die Zentrumspresse veröffentlicht einen Aufruf ihres Reichsparteivorstandes, der unter der Überschrift: "Die große christliche Partei der Mitte" folgendes erklärt:

Die politischen Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, wie nahe das deutsche Volk am Abgrunde steht.

Diese Gedanken waren richtunggebend für die letzte Tagung des Reichsausschusses der deutschen Zentrums-partei.

Die obersten Instanzen der deutschen Zentrums-partei sind aus diesen Erwägungen heraus einmütig entschlossen...

Die Zentrums-partei ist eine deutsche Verfassungspartei, die weder vor den Grenzen einer Konfession, noch einer Klasse...

Parteiorganisationen und Parteipresse sind ersucht worden, ihre Arbeit diese Richtlinien zugrunde zu legen...

Die deutsche Zentrums-partei bietet die Hand zu einer staatspolitischen Tat.

Im Anschluß an diesen Aufruf werden die Bezirksgruppen des Reichsparteivorstandes und des Reichsparteiausschusses wiedergegeben...

Bei der Reichsleitung der Partei wird ein Reichswirtschaftsrat gebildet, der sich aus den berufenen Vertretern der verschiedenen Erwerbsstände zusammensetzt.

Die Parteileitung wird beauftragt, zeitig vor den nächsten Wahlen mit den verschiedenen Erwerbsständen zwecks Nominierung von Kandidaten in Verbindung zu treten...

Ferner wird die Parteipresse aufgefordert, den politischen Teil der Zeitungen ausschließlich politisch zu gestalten.

Die Zentrums-partei macht damit den Versuch, die Forderung zu verwirklichen, die seit Jahren und Jahrzehnten aus ihren eigenen Reihen unter dem Ruf: "Heraus aus dem Turm!" vertreten worden ist.

Der Turm, der damit gemeint ist, ist die konfessionell katholische Einstellung.

Formell ist die Parteileitung im Recht, wenn sie sagt, daß es sich um nichts grundsätzlich Neues handelt.

Partei, tatsächlich aber war sie es stets, ganz vereinzelt Ausnahmefälle, in denen nichtkatholische Politiker im Zentrum tätig waren, können nur die Regel bestätigen. Ein großer Teil der Parteiangehörigen und die Blätter des Zentrums hat sich auch stets als Vertreter katholisch-kirchlicher Interessen gefühlt. Daher die Mahnung, den politischen Teil der Presse „ausschließlich politisch“ (d. h. nicht katholisch-kirchlich) zu gestalten.

Der für unser innerpolitisches Leben außerordentlich wichtige Beschluß der Zentrumsparlei ist schwerlich ohne Fühlungnahme mit Rom gefaßt worden. Denn Rom hätte es, wenn es wollte, in der Hand, seine Gläubigen in Deutschland gegen diese Abkehr der Zentrumsparlei vom sog. „Ultramontanismus“ zu mobilisieren und dadurch die Partei in die schwerste Verwirrung zu stürzen. Rom stand hinter Koeren, als dieser seinen Feldzug für die Aufrechterhaltung des katholischen Charakters der Partei unternahm. Unter ihrer heutigen moderneren Leitung scheint die katholische Kirche der geplanten Umwandlung der Zentrumsparlei mit einem „tolerari posse“ — man kann es dulden — gegenüberzustehen.

Ob aber das Ziel einer Vereinfachung des deutschen Parteilebens erreicht wird, bleibt einigermaßen zweifelhaft, man kann vielleicht die Gefahr der steigenden Verwirrung voraussehen. Der vorwiegend katholische Charakter des Zentrums ändert nichts an dessen fast rein politischer Einstellung, er war gegen religiös Andersdenkende nicht aggressiv, er hinderte z. B. nicht, daß ein katholischer Priester mit konfessionslosen Sozialdemokraten in ein und derselben Regierung saß. Soll jetzt das Christentum stärker betont werden, so gibt das eine schärfere Scheidelinie zwischen den politisch christlich eingestellten, katholisch oder protestantisch kirchlich gesinnten Volksgenossen und den anderen. Das bedeutet eine um so größere Gefahr, als die evangelische Kirche, im Gegensatz zur katholischen, politisch ganz vorwiegend reaktionär gerichtet ist. Der Zentrumsaufruf proklamiert ein interkonfessionelles politisches Christentum, von dem man noch nicht weiß, woraus es besteht und wie es sich weiter entwickeln wird.

Bedeutet dieses politische Christentum die Anwendung gewisser sittlicher Grundsätze auf die Politik, jenseits aller Dogmen, so bleibt eine zeitweilige Kooperation zwischen ihm und der Sozialdemokratie möglich. Will es aber eine katholische und evangelische Klerikalisierung des öffentlichen Lebens, dann droht eine neue Komplizierung unserer innerpolitischen Verhältnisse durch kulturpolitische Kämpfe schlimmster Art.

Die größten Bedenken muß auch die Bildung des Reichswirtschaftsrats werden, der zwischen den einzelnen Berufsständen bei der Kandidatenaufstellung Licht und Schatten gleichmäßig verteilen soll. Die Gefahr, daß dabei die christlichen Arbeiter unter den Schlitzen geraten, in dem zahlungsträgere Herrschaften sitzen, liegt klar zutage. Mehr denn je dürfte sich der Kampf um die Kandidaturen und damit um die maßgebende Beeinflussung der Partei zu einem inneren Klassenkampf gestalten, der um so erbitterter geführt werden wird, je mehr man versucht wird, ihn der Deffektivität zu verbergen.

Die Sozialdemokratische Partei wird die Entwicklung, die mit der geplanten Umwandlung des Zentrums angeknüpft wird, mit der größten Aufmerksamkeit verfolgen müssen. Nach wie vor steht sie auf dem Standpunkt, daß eine Scheidung des Volkes in Gläubige und Ungläubige den Notwendigkeiten unserer Zeit widerspricht, daß beide gleiche Freiheit haben sollen und daß sich der Staat zu ihnen unparteiisch verhalten muß. Nach wie vor ist sie der Auffassung, daß jedes echte Christentum auf die Seite jener gehört, die unter der bestehenden Wirtschaftsordnung am schwersten leiden. Sie kann nicht vergessen, daß in einer nicht ferneren Vergangenheit Staat und Kirche gemeinsam dem Kampf der unterdrückten Volksschichten verständnislos und feindselig gegenüberstanden haben, und so gern sie jede wirklich eingetretene Besserung auf diesem Gebiet anerkennt, so sehr muß sie auch darum besorgt sein, Rückfälle zu verhindern.

Deutschvölkische Typen.

Um er nur gleich gerade heraus zu sagen: ich bin von jüdischer Herkunft. Mein Haar ist jetzt grau, aber es ist einmal blond gewesen, und ich habe hellhaarige, blauäugige Kinder und Enkel. Nun will ich drei Unterredungen wiedergeben, die ich am gleichen Tage mit drei Deutschvölkischen hatte.

Die erste: Fräulein v. X., Vorkämpferin für allerlei Frauenrechte, hat eine Pension in einem Seebade, in dem wir uns befinden. Sie sagt mir, daß, trotzdem sie mit jüdischen Familien innigst befreundet ist, sie jetzt ihr Haus als „christlich-deutschvölkisch“ bezeichnet, weil sie glaubt, etwaige Gäste nicht vor Beleidigungen schützen zu können. So will sie sie nicht mehr aufnehmen. Wir sprachen über die Ermordung Rathenaus und den Begriff „völkisch“. Nur der Germane fällt für sie unter den Begriff, die germanische Rasse soll sich rein erhalten. Plötzlich entfährt ihr wider Willen ein altgedientes Schlogwort: „Die Juden sind doch ein Fremdkörper unter uns Deutschen.“ Und ich: „Sie selbst sind ja gar keine Deutsche. Sie sind doch Halbjuden.“ Sie (keinhaut): „Nein, ich habe polnisch Blut.“

Ich betrachtete sie und ihren christlich-deutschvölkischen Bruder, den obigen Gutsbesitzer aus Ostpreußen, die beide, dunkelhaarig, schwarzäugig, mit schief geschwungenen Backenknochen, so deutlich den Typus des Fremdvölkischen zeigten.

Die zweite Unterredung: Ein junges Mädchen und ihr ebenso junger Freund, er etwa im Alter der am Rathenau-Mord beteiligten Gymnasialisten, Mitglied deutschnationaler Jugendorganisationen, sie sechzehnjährig. Die beiden haben Kinder betrachtet sich als Brautleute. Er hat alle alten Völker, die nicht Germanen sind, Russen, Franzosen, Engländer, Japaner, Spanier, Italiener. Er erklärt mit schöner Sicherheit, nur der Germane sei geistig hochstehend, sei Herrschervolk. Germanen dürften nur Germanen heiraten, damit der Typ des Germanen rein bleibe. Alle, die anderes als Germanenblut haben, sollte man aus Deutschland vertreiben. Ich lächle, schweige, betrachte seine kleine Braut mit den tiefdunklen Augen, den beimahne zusammengekniffenen Brauen über dem schmalen Nasenrücken. Ihr Vater, ihr Großvater sind in der deutschen Literatur und Wissenschaft bekannt. Sie tragen reindeutsche Namen. Aber ich weiß es, daß der Großvater diesen reindeutschen Namen seinem Adopтивater verdankt, der ihn annahm an Kindes Statt, als er zurückblieb von einer jugelosen und wieder verschwundenen französischen Familie, die zur Zeit des ersten Napoleon sich angelunden hatte. Unnütz zu sagen, daß die beiden jungen Menschen Halentkretze tragen.

Und das dritte Gespräch: Er Akademiker, tätig in einem kleinen Badeort, eifriges Mitglied der dortigen Badeverwaltung, die sich auf sein Betreiben das schmückende Beiwort „Judenfrei“ zugelegt hat. Ich höre, daß er bei dieser Gelegenheit so besonders für „arische

Im übrigen wird abzuwarten sein, welcher Erfolg dem Zentrum beschieden sein wird. Eine Partei ist etwas geschichtlich Gewordenes, für sie wie für jedes andere Lebewesen, von den Reptilien abgesehen, ist der schwerste aller Wege der aus der eigenen Haut heraus. Das Zentrum hat eine katholische Haut, sie auf Beschluß von Parteinstanzen abzulegen und durch eine allgemein „christliche“ zu ersetzen, ist ein schweres Unterfangen. Was ist aus allen förmlich beschlossenen Parteiumwandlungen geworden? Die Volksparteiler sind Nationalliberale, die Demokraten sind Fortschrittler geblieben, je mehr es sich ändert, desto mehr bleibt es dasselbe. „Du bist du selbst, du kannst dir nicht entziehen!“

Die Erhöhung der Beamtenegehälter.

24 Proz. für Juli und 34 Proz. für August.

Die am Sonnabend vormittag im Reichsfinanzministerium begangenen Beratungen der Regierung mit den Spitzenorganisationen über die Erhöhung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter haben am Sonntag in früher Morgenstunde zu einer Verständigung geführt. Unter Berücksichtigung einerseits der Steigerung der Lebenshaltungskosten, andererseits aber der ersten Finanzlage des Reiches einigte man sich vorbehaltlich der Zustimmung des Reichskabinetts und der gesetzgebenden Körperschaften bei den Beamten- und Angestelltenbezügen dahin, daß der allgemeine Teuerungszuschlag vom 1. Juli um 55 Proz., also von 105 auf 160 Proz., vom 1. August um 80 Proz., also auf 185 Proz. erhöht wird. Das bedeutet eine Erhöhung der bisherigen Gesamtbezüge für Juli um rund 24 Proz. und für August um rund 34 Proz. Entsprechend dieser Regelung erfolgt die Erhöhung der Arbeiterlöhne. Die Verhandlungen hierüber werden heute fortgesetzt.

Nach der neuen Regelung erhält der ledige Beamte im Juli für die ersten 10 000 M. Dienstlohn einen Teuerungszuschlag von 215 Proz., für die übrigen Einkommensteile von 100 Proz., für den Monat August von 240 bzw. 185 Proz. Der verheiratete Beamte empfängt hierzu einen Kinderzuschlag von 160 bzw. 185 Proz. Die Teuerungszuschläge wirken sich so aus, daß der als Stichtag in Betracht kommende ledige Beamte der Besoldungsgruppe III ein Mehr von rund 933 M. für Juli und 1350 M. für August erhält. Der verheiratete Beamte erhält dazu eine Erhöhung der Kinderzuschläge von rund 110 M. bei einem Kinde bis zum 6. Lebensjahr, 145 M. bis zum 14. Lebensjahr, 165 M. bis zum 21. Lebensjahr für den Monat Juli, für August von 160 bzw. 200 bzw. 238 M. Für den vergleichbaren ledigen Handwerker der Dreiklassen A ergibt sich daraus eine Stundenlohnsteigerung von 5 M. für den Monat Juli und 7,20 M. für August, dazu eine Erhöhung des Kinderzuschlags von 15 Pf. pro Stunde im Juli und 30 Pf. im August.

Die Verhandlungen gestalteten sich sehr schwierig, da die Regierung sich außer Stande erklärte, aus außerpolitischen Gründen die Forderungen der Gewerkschafter vollumfänglich zu erfüllen zu können. Schwierigkeiten ergaben sich auch dadurch, daß die Gewerkschaften ursprünglich nur für den Monat Juli verhandeln wollten, während die Regierung darauf bestand, daß auch der Monat August bereits in die letzte Regelung eingeschlossen werden müsse. Schließlich einigte man sich darauf, schon jetzt die Erhöhung auch für den Monat August festzusetzen; die Organisationen behielten sich aber ausdrücklich vor, zu einem späteren Zeitpunkt eine Revision der Augusterhöhung herbeizuführen, wenn die Geldentwertung in derselben Weise fortschreiten sollte wie bisher.

Der Minister verteidigt die Beamten.

Berlin, 22. Juli. (WZ.) In der Sitzung des Beamtenrats beim Reichspostministerium gab der Minister entgegen den neulichen Ausführungen des Postrats Rinsland am 27. August des Reichstags die Erklärung ab, daß die Arbeitsfreude und der gute Wille der Beamten, an einer Besserung der Verhältnisse mitzuarbeiten, im allgemeinen nicht bestritten werden könne.

Der Parteitag der USP.

Die Zentralleitung der USP beschloß, zum Sonntag, dem 1. Oktober d. J., einen ordentlichen Parteitag einzuberufen. Als Tagungsort ist Gera in Aussicht genommen. Tagesordnung und Referenten werden nächstens festgesetzt.

Rassereinheit“ eingetreten ist. Kritik ist großzügiger als germanisch. Während ich die Frage mit ihm erörterte — er hält mich nämlich für unbedächtigt —, läuft sein schlüpfähiges Töchterlein ins Zimmer. Seine Frau — natürlich urdeutscher Name — ist Tochter einer Japanerin.

Es ist schwer, keine Satire zu schreiben. B. L.

Die Kultur des „Kulturfilms“. Im U. I. Kurfürstendam in läuft jetzt, hergestellt von der Kulturabteilung der Ufa, in der u. a. ein Major a. D. Krieger sitzt, ein „Kulturfilm“: „Das Honauer Marschschwein“. Darin kommt der Zwischentitel vor: „Herr Eber im Bad“. Der Ebertopf ist dabei zweckentsprechend hergerichtet. Das Publikum sezt natürlich.

Naive Leser, die diese Beschmaadlosigkeit — mit Entrüstung — über sich ergehen lassen mühten, fragen bei uns an: Wozu wir denn eigentlich eine Filmzensur hätten. Nach den kürzlich hier glücklichen Leistungen des Herrn Bulde, des Leiters der Filmoberprüfstelle, in Sachen des Fredericus-Reg-Films, sind wir nicht mehr so naiv, von dieser Stelle, oder von der Filmzensur überhaupt, Abhilfe zu erwarten. (Falls der Zwischentitel überhaupt der Zensur vorlag.) Vielleicht hat aber die Polizei ein besseres Einsehen als der Reichskommissar für die öffentliche Sicherheit, Runge, der gleichfalls keinen Anlaß sah, den Fredericus-Reg-Film zu verbieten. Inzwischen gibt es ja Gesetze zum Schutze der Republik, die hoffentlich weder vor dem Film noch vor unsicheren Kantonisten halt machen.

Stadtparkens Ferienreise. Unser Stadtsperling ist eins von den Geschöpfen, die ganz zu Unrecht verachtet werden. Der lustige Geselle trägt so viel zur Belebung unseres sonst der Natur so entbehrenden großstädtischen Straßenbildes bei, und er ist der treue Kamerad des Städtlers geworden und ihm auch in seinen Lebensgemeinschaften merkwürdig angepaßt. Ein Beweis dafür ist es, daß auch der Stadtpark alljährlich eine Ferienreise unternimmt und in die Sommerfrische geht. Mag er nun von den menschlichen Mitbewohnern seiner Heimatgasse den Drang nach der Natur in der schönen Jahreszeit gelernt haben oder mag ihn ein eigener Instinkt treiben, jedenfalls verlassen die Spatzen der Großstädte im Sommer ihre ständigen Wohnungen und begeben sich in großen Schwärmen aufs Land. Oliver G. Wike, der feinsinnigste englische Schilder des Naturlebens, hat den Stadtsperling in seiner Sommerfrische beobachtet und schreibt darüber: „Die Stadtsperlinge sind aufs Land gekommen. Gestern sah ich einen Schwarm von ihnen, schmutzige, magere, kleine Geschöpfe, die sich in den Feldern an dem reifenden Korn gütlich taten. Was für ein Gegenatz zwischen diesen Vögeln und ihren Artgenossen vom Lande, mit denen sie jetzt Bekanntschaft schließen. Wäre er nicht so gewöhnlich, dann würde der Stadtsperling zweifellos für einen schönen Vogel gelten mit seinem reichen braunen, schwarzen und weißen Gefieder. Die Besucher aus der Stadt aber haben allen Schmutz und Staub der Straßen in ihren Federn und sehen sehr dürftig aus, gerade so wie die bloßen Großstadtkinder, die aufs Land kommen. Ein paar Tage Regen, Wind und Sonnenschein, das reichliche Raht, das die Mutter Natur auf den Feldern gedeckt hat, sie verwandeln den Stadtpark vollständig.

Offene Hand für Mörder.

Ein Montagsblatt bringt aus dem „Pryher Kreisblatt“ folgenden schönen Einbild in die monarchistischen Kreise.

„Am Sonntag gelang es der Kriminalpolizei, einen geriebenen Gauner festzunehmen. Es handelt sich um einen gewissen Günther Kruse aus Berlin, der seit Monaten ein abenteuerliches Leben führt. Kruse erzählte wohlhabenden Leuten, daß er Offizier sei und zu den am Erzberger-Mord Beteiligten gehöre. Er sei in der Ortschaft in München hervorragend tätig gewesen und habe für die Vergrabung einer größeren Anzahl von Geschädigten Sorge getragen. Die Angaben wurden ihm tatsächlich geglaubt, und er fand Unterstützung und Aufnahme in kleinen Städten und auf dem Lande, wo sich hilfsbereite Menschen seiner annahmen, bis schließlich sein Treiben auffiel und Anzeige erstattet wurde. Jetzt ist festgestellt, daß an den Erzählungen kein wahres Wort ist und daß Kruse auch nicht Offizier gewesen ist, sondern als einfacher Soldat in Spottau gedient hat und dann jahnenflüchtig geworden ist. Er wird auch wegen Betrügerei gesucht.“

Bestimmte Kreise bei den Schwarzweihrotten sind eben nicht nur Anhänger des politischen Nordes, sie sind auch hilfsreich und voll christlicher Liebe. Sie füttern mit Bergnügen Leute, die sich ihnen als Mörder vorstellen, kleiden sie, schaffen ihnen ein Dach über dem Haupt und halten für sie den Beutel jederzeit offen. Bei dem Erfolg, den Kruse gehabt hat, wird sein Trick bald Nachfolger haben. Man wird bei den Deutschnationalen mit Erfolg betteln, wenn man nicht auf die zerissenen Stiefel, sondern auf die Beteiligung an einem politischen Mord hinweist. Die Gauner und die, die sie unterstützen, sind einander wert.

Die Beisehung der Rathenau-Mörder.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ melden aus Bad Kösen: Auf dem Friedhofe in Saalek wurden die Leichen der beiden Rathenau-Mörder Kern und Fischer in einem gemeinsamen Grabe beigelegt. Die Särge waren reich mit Blumen geschmückt. Angehörige der früheren Brigade Ehrhardt hatten einen großen Lorbeerkranz mit schwarzweihroter Schleife gestiftet. Die Särge wurden getragen von Studierenden des Technikums Sulza sowie zwei Schulfreunden Kerns und ehemaligen Seeoffizieren. Außerdem wohnten der Feier nur die Angehörigen, einige studentische Vertreter sowie verschiedene Kriminalbeamte bei.

Die Schwierigkeiten der Mörderfuche.

Der Erfolg hat bewiesen, wie recht die Polizei handelte, als sie durch neuzeitliche Propagandamittel die gesamte Bevölkerung Mitteldeutschlands an der Mörderfuche beteiligte. Ueber die Schwierigkeiten, die dennoch nicht nur bei der Bevölkerung, sondern auch bei den Behörden vorhanden waren, darüber haben wir schon verschiedenes berichtet. Ein weiteres keimes Beispiel ist eine amtliche Zuschrift des Polizeiamtes Bismar an die dortigen Blätter. In ihr wird betont, daß man schon am 5. Juli bei Personen, die als verdächtig mitgeteilt worden waren, Vernehmungen und Durchsuchungen stattfinden ließ. Es wurden dabei auch Beziehungen zu einem gewissen — Kern entdeckt. Es fehlten aber noch am 5. Juli in Bismar die genauen Signalements der Rathenau-Mörder. Diese Signalements wurden von Bismar Beamten, die Verhaftete nach Berlin brachten, erst geholt. Von der zuständigen vorgeleiteten Polizeilichen Dienststelle in Schwerin bekam Bismar die genauen Angaben über die Rathenau-Mörder noch später.

Blutige Zwischenfälle im Clausthal.

Clausthal, 23. Juli. (Til.) Am heutigen Demonstrationsontag der kommunistischen Arbeiterjugend des Harzer Unterbezirks gegen die reaktionäre Jugenderziehung kam es zu ernstlichen Unruhen zwischen den Kommunisten und den Studenten der Clausthaler Bergakademie. Die Kommunisten plünderten die Häuser und Geschäfte der studentischen Korporationen und verbrannten deren Möbel und Embleme. Es gab bisher einen Toten und mehrere Schwerverletzte. Die Unruhen dauern an.

Soweit die Meldung der Tl. Nach uns zugegangenen Mitteilungen haben sich die Dinge aber ganz wesentlich anders abgespielt. Den vor dem Bahnhof sich aufstellenden Jungkommunisten zogen Studenten entgegen. Es kam zum Wortwechsel, bei

Nun wird er ein lauderer und behäbiger Vogel. Wenn wir einen Schwarm von 100 Sperlingen nehmen, so finden wir, daß die größte Menge Getreide, die sie während der ganzen Erntezeit verzehren können, kaum 36 Liter beträgt. Nimmt man aber auf der andern Seite die Mengen von Unkraut und die große Zahl von Wirmern, Käupen und anderen Insekten, die die Sperlinge verzehren, so ergibt sich, daß der Nutzen des Spatzes für die Landwirtschaft sehr viel größer ist als der Schaden. Aber auch das beste Leben in der Sommerfrische kann dem Sperling nicht auf dem Lande zurückhalten; er liebt die Veränderung, und wenn der Wind über die Stoppeln weht, dann kehrt er vergnügt in die Stadt zurück.“

Neuartiger Segelschiffstop. In der Segelschiffahrt werden nur sehr selten neue Erfindungen gemacht, seit Hunderten von Jahren hat sich hier kaum etwas geändert, es sei denn, daß man den Baustoffwechsel, d. h. das Bauen mit Eisen und Stahl statt mit Holz, als großen Umwälzung ansehen will. Auch die Einführung des Hilfsmotors war zwar eine wirtschaftlich bedeutende Tat, mautlich jedoch war es keine eigentliche Erfindung. Etwas ganz Neues hat jetzt jedoch eine Bremer Segelschiffreederei verfaßt. Sie baut auf der Meier Germania-Werft eine Serie von sechs fünfmalsschiffen, die eine ganz abweichende Besegelung erhalten. Von den Masten sind drei wie Schoner gestaltet, der erste und der dritte haben jedoch Rahen. Diese neue Segelanordnung hat den Vorteil, daß man bei achterlichen Winden, also solchen, die von hinten das Schiff treffen, mehr den Wind ausnützen kann als bei anderer Besegelung; dabei wird auch noch an Bedienungsmannschaften gespart. Als Schoner allein getakelte Schiffe lassen sich bekanntlich vor dem Winde, also bei achterlichen Winden, sehr schlecht steuern, außerdem nehmen sie den Winddruck nicht so voll auf wie die Rahschiffe. Die Reederei wird daher ohne Zweifel mit den etwa 2400 Tonnen Tragfähigkeit besitzenden Segelschiffen gute Erfahrungen machen, wenigstens sprechen Erfahrung und Theorie dafür.

Es wird nur noch „getätigt“. Aus dem Jargon des Großhandels, der seine Abschlässe „tätigt“, ist neuerdings in die Schreibstube der Gewerkschaften die übliche Gewohnheit eingeklehrt, all das, was sonst gemacht, abgemacht oder ausgemacht, getroffen, vereinbart, vollzogen oder abgeschlossen wurde, zu „tätigen“. „Restlos“ wird alles „getätigt“. Die Aufnahme neuer Mitglieder wird getätigt, Verhandlungen mit den Unternehmern werden getätigt, Lohnvereinbarungen, Tarifabschlüsse, Beitragserhöhungen, Abstimmungen, kurzum: alles, was irgend gemacht werden und geschehen kann, wird „getätigt“, und zwar „restlos“ „getätigt“. Den Getätigten müßte einmal einige Klarheit darüber getätigt werden, daß ihre restlos „getätigte“ Manier falsch „getätigt“ wird und eine ganz üble Betätigung gegen ihre Mutterprache, unser gutes Deutsch ist.

Russische Künstler in Berlin. Marc Chagall, der bekannte russische Maler, ist jetzt seinem Landsmann Wassilj Kandinski nach Berlin gefolgt. Der Künstler hat jüngst in Moskau einen großen Freskenauftrag ausgeführt; er schuf die Wandbilder im russischen jüdischen Kammertheater.

dem ein Student einen jungen Arbeiter erschoss! Daraufhin entwickelte sich sehr rasch unter großer Beteiligung auch der Arbeiter ein Demonstrationzug. Dieser ist dann in die Häuser und Gassen der hiesigen Korporationen eingedrungen und hat dort deren monarchistische Fahnen und Embleme verbrannt. Schmerzlich soll bisher nur der Student sein, der den Jungkommunisten erschossen hat.

Der Reichsbahnetat.

Geringeres Defizit als erwartet.

Der Abschluß des ordentlichen Haushaltes der Reichsbahnverwaltung für das Rechnungsjahr 1921 liegt vor. Er ergibt eine Einnahme von 45,1 Milliarden und eine Ausgabe von rund 52 Milliarden. Der Fehlbetrag beläuft sich mithin auf 6,9 Milliarden, das ist gegenüber dem Haushaltsanlaß 1921 von 10,8 Milliarden eine Verbesserung um 3,9 Milliarden und gegen den Fehlbetrag im Rechnungsjahr 1920 mit 15,6 Milliarden eine Verbesserung um 8,7 Milliarden Mark. Der Fehlbetrag ist also geringer als nach der vom Reichsverkehrsminister bekanntgegebenen Schätzung.

Die Verbesserung des Ergebnisses ist einerseits den Tarifserhöhungen, der günstigen Verkehrsgehaltung und der scharfen Erfassung aller sonstigen Einnahmequellen, andererseits den Erfolgen auf dem Gebiete der Ausgabebewirtschaftung zu danken.

So weit die amtliche Meldung. Den Statistikern bleibt es vorbehalten, zu berechnen, wie groß die Minderung des Defizits tatsächlich ist, wenn man berücksichtigt, wie sehr sich das Geld inzwischen weiter entwertet hat und wie die mit der Geldentwertung verbundene Steigerung der Materialpreise die Ausgabe Seite des Eisenbahnetats belastet. Gewiß ist es alles andere als erfreulich, wenn auch die Reichseisenbahn dazu übergehen mußte, ihre Tarife mit der Verschlechterung der Mark zu erhöhen, gewiß bleibt auch weiter das Ziel, durch eine rationelle Betriebsführung die Leistung der Bahnen zu erhöhen. Immerhin ist dieser Fortschritt erfreulich, zumal er den Beweis liefert, daß die Reichsbahn in absehbarer Zeit wieder rentabel gestaltet werden kann, ohne daß man sie dem Privatkapital auszuliefern braucht. Hoffentlich wird jetzt das Interesse der Industrie an dem Besitz der Bahnen, das so angeblich nur fochischen Erzdungen entspringt, nachlassen.

Zwei Millionen Belohnung.

Berlin, 24. Juli. (WZ.) Der Herr Oberreichsanwalt ersucht uns, der Presse mitzuteilen, daß eine Belohnung bis zu zwei Millionen ausgesetzt ist für die Ermittlung und Ergreifung von Personen, die Mordtaten gegen Mitglieder der im Amte befindlichen oder einer früheren republikanischen Regierung oder einer Volkserhebung des Reichs oder eines Landes (Ermordung der früheren Minister Erzberger und Rathenau, Mordtat gegen den Oberbürgermeister Scheidemann u. a.) verübt oder sonst organisiert haben oder die solche Verabredungen oder Organisationen durch Geld oder sonstwie unterstützt haben, und daß die Entscheidung darüber, ob die Belohnung verdient ist, und wie sie gegebenenfalls zu verteilen ist, endgültig durch den Oberreichsanwalt erfolgt.

Tätigkeit des bayerischen Ordnungsblocks.

In der Deutschnationalen Partei tobt bekanntlich ein heftiger Kampf zwischen dem gemäßigten Flügel und dem Flügel der politischen Kräfte. An der Spitze letzterer stehen die Hennig, Wulle, Kunze usw. Major Hennig, M. d. R., ist noch maßgebende Person in dem „Verband nationalgefingener Soldaten“, der anlässlich des Rathenau-Mordes der Auflösung verfallen ist. Schon vor dem Morde hat ein Teil der Mitglieder und Gruppen des Verbandes sich von ihm getrennt und sich zu einem „Nationalverband deutscher Soldaten“ zusammengeschlossen. Um die Person Hennigs wird zurzeit in der Deutschnationalen Partei heftig gekämpft.

Wie wir zu diesen Vorgängen von sehr gut unterrichteter Seite erfahren, wird der Kampf gegen Major Hennig innerhalb der rechtsstehenden Kräfte von dem Vorsitzenden der Bundesleitung des bayerischen Ordnungsblocks geleitet. Der Ordnungsblock hat schon Mitte Juni d. J. zum Kampf gegen Hennig und dem „Verband nationalgefingener Soldaten“ in Rundschreiben aufgerufen.

Der Bürgerkrieg in Irland.

London, 24. Juli. (WZ.) Die irischen Regierungstruppen rücken gegenwärtig auf Cork vor, wo sich der letzte große Stützpunkt der Aufständlichen befindet. Die Blätter nehmen allerdings an, daß die Aufständlichen, wenn sie in offener Feldschlacht endgültig geschlagen worden sind, zum Teil in den Guerillakrieg übergehen werden. Bei der Einnahme von Limerick verloren die Regierungstruppen nach einer amtlichen Meldung 5 Tote und 20 Verwundete.

Autonomie auf Kündigung.

London, 24. Juli. (WZ.) Der englische General Allenby richtete an den ägyptischen Ministerpräsidenten Sarwat Pascha eine Note, worin der englische Oberkommandant erklärt, daß seine Regierung mit größter Sorge die in Ägypten durch eine Reihe von Morden und Attentaten entstandene Lage beobachtet. Denn die Opfer dieser Attentate waren englische Offiziere und Soldaten. Die ägyptische Regierung habe sich unfähig erwiesen, die Schuldigen zu entdecken. General Allenby rät Sarwat Pascha, alle Anstrengungen zu machen, damit der Gerechtigkeit Genüge getan werde, andernfalls werde die englische Regierung gezwungen, das gesamte ägyptische Problem neuerdings in Beratung zu ziehen.

Karussell und Politik. Mit Recht beklagen sich bei uns die in der Reichsarbeitsgemeinschaft der Vereinigungen reisender Gewerbetreibender Deutschlands organisierten Schaukellungsinsahaber, daß sie mit ihren Karussells, Kaspertheatern und artistischen Jahrmartensausstellungen oft in politische Diskussionen hineingezogen werden. Die Reichsarbeitsgemeinschaft betont, daß die gesamte Volkswirtschaft auf dem Boden der Verfassung und der Republik steht. Die von ihnen beschäftigten Artisten sind ausnahmslos Mitglieder der Internationalen Artistenliga und dadurch dem IFA-Bund angeschlossen. Die sonstigen Gehilfen sind im Transportarbeiterverband organisiert. Kommen sie zu Schützen- oder ähnlichen jetzt verbotenen Veranstaltungen, dann wollen sie nur der Selbstbelebung dienen; es ist ein Unrecht, wenn man sie mit den Berufsrollen monarchistisch-kommunistischen Rumors verwechselt.

Für 500 000 Mark deutschnationalen Anfragen. In den ersten beiden Jahren der gegenwärtigen Reichstagswahlperiode sind insgesamt 1691 kleine Anfragen gestellt worden. Davon entfallen auf die Deutschnationalen 502. An zweiter Stelle steht die Deutsche Volkspartei mit 499 kleinen Anfragen. In weitem Abstand folgt die SPD. mit 166, die Demokraten mit 153, die USB. mit 132, das Zentrum mit 73. Die kleine Bayerische Volkspartei hat allein 64 Anfragen eingebracht, die Kommunisten nur 21, der Bayerische Bauernbund 3, die Hannoveraner 6. 77 Anfragen sind von mehreren Parteien gemeinsam gestellt worden. Da die Listen für eine Anfrage etwa 1000 Mark ausmachen, so hat die Anfragenüberschneuerung der Deutschnationalen dem Reich die Kosten in Höhe von 500 000 Mark verursacht. Zusammen mit der Deutschen Volkspartei haben diese Listen fast die Höhe von einer Million Mark erreicht.

Der Kleingarten im Juli.

Eine der hauptsächlichsten Lust-Arbeiten im Kleingarten ist die Bestellung freigewordener Beete. Die späten Erbsen sind geerntet, die Puffbohnen abgeräumt und auch die Buschbohnen sind bald genussfähig. Diese Beete sind mit späten Kohlrarten zu besetzen. Auch Rettig, Radieschen und Rüben (Teltomer) sowie früher Kohlrabi, Winterkohl, Buschbohnen, Salat, Spinat, frühe Karotten und Endivien können ausgepflanzt werden. Der frühe Bienenkohl zeigt jetzt seine weißen Blütenblätter. Um diese recht fest und zart zu erhalten, knickt man zur Beschattung die beiden nächstehenden großen Blätter nach innen. Bei den Tomaten sind die Achseltriebe auszubrechen. Sehr muß viel auf Schmitterlingseier an den Kohlblättern geachtet werden; sie müssen zeitig zerdrückt werden, damit die austretenden giftigen Rassen keinen Schaden anrichten und das Abfuchen nicht erschweren. An Obstbäumen sind die reiftragenden Äste zu stützen. Zu reicher Fruchtanlaß kann jetzt noch nicht vermindert werden, da die jungen Früchte sowie später noch abfallen. Warmstichiges Obst darf nicht auf dem Boden liegen bleiben, da sonst sich die Schädlinge weiter entwickeln. Schon jetzt bilden sich die neuen Blütenknospen für das nächste Jahr aus. Ein Saugzug mit einem Zusatz von 40 Gramm Superphosphat auf 10 Liter ist daher zur guten Ausbildung dieser Knospen ratsam. Dasselbe gilt auch für die Erdbeeren nach der Ernte. Die Erdbeerranken sind zu entfernen. Die kräftigsten Jungpflanzen sind besonders aufzupflanzen, um im August ein neues Beet anlegen zu können. Das Okulieren der Rosen, Pflaumen, Kirchen und später der Kirschen und Birnen wird von Ende Juli ab vorgenommen. Noch eine Reihe anderer Arbeiten werden in diesem Monat ausgeführt, über die das Kleingartenamt bereitwillig kostenlos Auskunft gibt.

Das Neuköllner Kleingartenamt stellt auf Antrag der Vereine Referenzen für Vorträge oder praktische Belehrungen auf dem Gebiete des Gartenbaues zur Verfügung. Das Kleingartenamt Neukölln ist jetzt im neuen Rathaus, Zimmer 150. Die Beratungen finden auf Dienstag und Freitag in der Zeit von 5 bis 6 Uhr nachmittags statt.

Die Milchknappheit.

Am heutigen Morgen sind für Berlin die neuen erhöhten Milchpreise — 11,40 M. für Kartennmilch und 14,80 M. für Freimilch — in Kraft getreten. Es fragt sich jedoch, ob diese Erhöhung von 2,20 M. pro Liter die Produzenten in den Zufuhrgebieten Berlins veranlassen wird, die Milchzufuhren nach Berlin zu steigern. Die Abnahme der Milchmengen in der Reichshauptstadt ist in den letzten Tagen geradezu erschreckend gewesen. Während noch Mitte Juni täglich circa 5 600 000 Liter und im Anfang des Monats Juli etwa 4 200 000 Liter in Berlin eintrafen, hat die Zufuhr Ende der letzten Woche nur etwa 3 500 000 Liter betragen, so daß an eine den Anforderungen der Verbraucher entsprechende Versorgung mit Milch gar nicht mehr zu denken ist. Wenn diesem rapiden Rückgang nicht bald Einhalt geboten wird, dann dürfte der Eintritt einer Katastrophe in der Berliner Milchversorgung unausbleiblich sein. — In der freien Wirtschaft kommt es ja auch schließlich nicht darauf an, daß die Konsumenten mit Ware versorgt werden, sondern daß die Produzenten genügend Profite ernten. Die Bevölkerung kann zugrunde gehen, wenn nur die Gewinnziffer steigt.

Er hatte alles.

Aufdeckung umfangreicher Postdiebstähle.

Ein ungetreuer Postkassierer wurde vor einiger Zeit entlarvt und festgenommen. Er hatte wiederholt Briefe mit Checks unterschlagen, die Papiere dort Bekannte zu Geld machen lassen und die Beute mit diesen geteilt; wobei er selbst am allerwenigsten abgenommen hat. Die Kriminalpolizei ging diesen Veruntreuungen gründlich nach und deckte dabei auf dem Postamt Wilmersdorf planmäßige Diebstähle auf, die schon bis in die Jahre 1921 und 1920 zurückreichen.

Der Urheber und Haupttäter dabei war ein Postkassierer Kerken. Er stahl systematisch alles was ihm in die Hände kam: Stoffe und Silber, Pelze und Lederlachen, Rohrungen und Genussmittel, Gänse, Würste, kondensierte Milch, Zigarren und Zigaretten, Kaffee, Schokolade usw., kurz alles, was ihm auf dem Amte durch die Hände ging und was er für geeignet hielt. Nachdem er allein angefangen hatte, gewann er nach und nach eine ganze Reihe von Angestellten und Aushelfern zu Mittätern. Andere waren Mitwisser. Männliche Helferhelfer gewann er, indem er ihnen zunächst Zigarren und Zigaretten anbot und zuletzt, weibliche fing er mit Schokolade ein. Als Betriebsrat mißbrauchte er seinen ungewöhnlichen Einfluß gegen Aushelferinnen, indem er sie zwang, ihm zu willigen zu sagen. Mehrere Mittäter und Mitwisser beiderlei Geschlechts verließen schon vor längerer Zeit den Postdienst und suchten andere Beschäftigung. Auch Kerken war bereits im Frühjahr d. J. freiwillig ausgeschieden, weil er sich wahrscheinlich nicht mehr sicher fühlte. Er ging zuerst so weit, daß er nicht nur beschädigt angekommene Pakete herausgab, sondern auch unverkettelt ankommende absichtlich beschädigte, um sie herabzuverkaufen. Seine Beute verkaufte er, soweit er sie nicht selbst gebrauchen konnte oder verteilte. Viele Leute wußten, daß bei ihm allerlei, besonders auch Lebensmittel zu haben waren. Vier Beteiligte wurden festgenommen, über zwanzig aus dem Dienst entlassen. Gegen alle wurde das Strafverfahren eingeleitet. Die Beteiligten sind ausnahmslos geübt. Unter ihnen befindet sich auch ein ehemaliger Wilmersdorfer Stadtverordneter, ein Postkassierer, der 22 Jahre im Dienst gewesen ist. Einige behaupten, daß sie die Herkunft der Sachen wohl gekannt, aber nur genötigt hätten, andere geben zu, auch wertvolle Sachen bekommen und verkauft zu haben. Sie gestehen sogar ein, daß sie öfter die ganze Nacht hindurch in ihren Wohnungen Schokolade und auch Seifen umgetobt haben, um sie so untertänlich in den Handel bringen zu können.

Rabiate Leute.

Gestern nachmittag fuhr der 26 Jahre alte Ruffler Johann Trohinski mit einem hochbeladenen Neuwagen die Treptower Chaussee auf den Straßenbahnschienen entlang. Als ein Beamter der Schutzpolizei ihn aufforderte, die Schienen zu verlassen, da der Straßenbahnverkehr behindert werde, nahm T. keinerlei Notiz davon, fuhr vielmehr im schnellsten Tempo weiter. Deutlich lag der Beamte auf den Wagen, wurde aber von T. hinabgestoßen, so daß er Verletzungen an der rechten Hand erlitt. Als der Beamte zum zweiten Male auf den Wagen sprang, packte ihn der rabiate Ruffler an der Kehle und warigte ihn. Um den Angreifer abzuwehren, zog der „Grüne“ seine Pistole und verletzte ihm einen Schlag mit dem Pistolentatzen auf den Kopf, wodurch endlich kein Widerstand gebrochen wurde. — Ein Unterwachtmeister der Schutzpolizei wollte in der Bello-Alliance-Straße den Händler Emil Rünich aus Tempelhof feststellen, weil er auf seinem Wagen einen großen Hund hatte, der seinen Ruffler trug. R. setzte seiner Feststellung den heftigsten Widerstand entgegen. Als nun der Beamte auf den Wagen sprang, wurde er von dem Hunde in der rechten Unterarm gebissen. Erst mit Hilfe eines Kameraden konnte der Widerwärtige festgenommen werden. — In der vergangenen Nacht gegen 5 Uhr sollte der 42 Jahre alte Kaufmann Wilhelm Müller festgenommen werden, weil er sich einem Drohkentischer gegenüber als Kriminalbeamter ausgegeben hatte. R. flüchtete in seine Wohnung

in der Hardenbergstraße und schloß die Korridortür hinter sich ab. Als Beamte der Polizei Einlaß begehrten, öffnete endlich Frau M., bedrohte die Beamten mit einer Pistole und hegte ihren Hund auf die Beamten. Einer derselben gab einen Schreikuss ab, worauf M. und seine Ehefrau nach der Kammer geführt werden konnten, um wo man sie nach ihrer Feststellung wieder entließ.

Nächtliche Ueberfälle.

Ein 16jähriges Mädchen Gertrud B. wurde in der vergangenen Nacht in die Spree geworfen. Ein unbekannter Mann sprach das Mädchen, das sich auf dem Heimwege befand, an, betätigte es mit unzüchtlichen Anträgen, verfolgte es nach dem Gräbenufer und fiel dort über es her. Das Mädchen setzte sich entschieden zur Wehr. Endlich packte es der Unfalsch und warf es ins Wasser. Durch die Hilferufe der Ueberfallenen wurden zwei Schiffer auf den Vorgang aufmerksam, die sie retteten. Der Ueberfallener verschwand unterdessen und entkam. — Kurz nach 1 Uhr fielen an der Ecke der Bring-Händjerg- und Hermannstraße zu Neukölln mehrere Straßenmädchen und deren Anhang über den 41 Jahre alten Schlosser Gerhard Jakob aus der Hohenstr. 37 her und mißhandelten ihn durch Fußtritte und Schläge mit Schirmen und Stöcken so schwer, daß er noch der Rettungstelle gebracht werden mußte. Beamte der Schutzpolizei nahmen ein Mädchen und einen Mann fest und brachten sie nach der Ecke des Polizeiamts Neukölln. — In der Warschauer Straße überfielen zwei Männer den Musiker Paul Lewe aus der Grüneberger Str. 8 und versuchten, ihn die Brieftasche zu rauben. Der Ueberfallene schlug Wärm, eine Streife der Schutzpolizei eilte herbei und konnte den einen der Ueberfallener, einen 19 Jahre alten Armador Emil Witz noch festnehmen, während der andere entkam. — Vor dem Hause Stromstr. 28 wurde der 23 Jahre alte Telegraphenarbeiter Kurt Wilhelm aus der Rathenauer Str. 24 in einer Schlägerei schwer verletzt. Er erhielt mehrere Messerstiche, darunter einen in die Lunge, und mußte nach dem Krankenhaus Roabit gebracht werden. Die Täter wurden festgenommen.

Die neue Angestelltenversicherung.

Infolge der Änderung des Versicherungsgesetzes für Angestellte hat die Beitragsberechnung zur Angestelltenversicherung vom 1. Juli 1922 ab nach folgender Aufstellung zu erfolgen:

bei einem Jahresarbeitsverdienst	
bis zu 550 M. für 1 Monat 1,60 M., für 12 Monate 19,20 M. Beitrag.	von mehr als
550 M. bis zu	850 M.: 8,20 M., bzw. 98,40 M.
850	1150 4,80 57,60
1150	1500 6,80 81,60
1500	2000 9,60 115,20
2000	2500 13,20 158,40
2500	3000 16,60 199,20
3000	4000 20,00 240,00
4000	5000 26,00 312,00
5000	10000 52,00 624,00
10000	15000 60,00 720,00
15000	30000 80,00 960,00
30000	50000 110,00 1320,00
50000	75000 130,00 1560,00
75000	100000 150,00 1800,00

Zum Einigkeit (Arbeitsverdienst) im Sinne des Versicherungsgesetzes für Angestellte gehören neben der Vergütung oder dem Lohn auch Verlorungsgebühren, Gewinnanteile, Sach- und andere Bezüge (z. B. Wohnung, Kost, Licht, Feuerung), Empfänger von Ruhegehalt und Wartegeld, die vorübergehend beschäftigt werden, sind während dieser Beschäftigung nur dann versicherungspflichtig, wenn sie das Alter von 60 Jahren noch nicht vollendet haben. Sie werden aber auf ihren eigenen Antrag befreit. Solche Befreiungsanträge müssen bis zum 31. Juli 1922 beim Rentenausschuß oder bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zu Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 193-195, einereicht werden. Befreiungen von der eigenen Beitragsleistung, die auf Grund des bisherigen Gesetzes ausgesprochen sind oder noch ausgesprochen werden, bleiben bestehen. Neue Befreiungen von der eigenen Beitragsleistung sind nicht mehr zulässig. Angestellte, die beim Inkrafttreten des Gesetzes das 55. Lebensjahr bereits vollendet haben, werden auf ihren Antrag von der Beitragspflicht befreit, wenn ihnen die Abführung der Beiträge nicht gestattet wird oder aus einem anderen Grunde nicht möglich ist.

Vom Tode überrascht. Gestern nachmittag ist die 24 Jahre alte Margarete Kietzke aus der Graudenzstr. 16 auf einem Auszuge nach Schmöckwitz am Croppin-See plötzlich vom Herzschlag getroffen worden und war auf der Stelle tot. — Vor dem Victoria-Café Unter den Linden brach gestern nachmittag der 35 Jahre alte Kaufmann Wilms Dehnen aus Wilmersdorf plötzlich infolge eines Blutsturzes tot zusammen. Man brachte den Verunglückten nach der Charité.

Lieder auf der Straße. In der kommenden Woche veranstalten Berliner Gesangsvereine auf südlichen Plätzen nachstehende Konzerte: 25. Juli abends 7 1/2 Uhr: Charlottenburg, Friedrich-Karl-Platz, 28. Juli, abends 7 1/2 Uhr (Südost) Marianeuplach.

Zeugen gesucht. Am Montag, 10. Juli, gegen 8 Uhr morgens, wurde der Bankbeamte Ernst Kette auf dem Weg ins Bureau in der Burgstraße, nahe am Jirkus-Bach, von einem Bierwagen überfahren. Der Verunglückte ist jetzt seinen Verletzungen erlegen. Augenzeugen des Unfalls werden gebeten, sich bei dem Sohn des Verstorbenen, H. Kette, W. 30, Mohrstr. 66, telefonisch Amt 5435, zu melden oder ihre Adressen mitzuteilen. Kosten werden vergütet.

Erhöhte Gebühren für Dienstmänner. Der Polizeipräsident teilt mit: Die Tariffäge der Gebührenerordnung vom 30. 11. 1921 werden nach Anhörung der in Frage kommenden Interessenten unter Zustimmung des Magistrats verbesert. Sie treten mit der Rahgabe in Kraft, daß entstehende Pfenningbeträge nach oben auf volle 10 Pfenninge abgerundet werden.

Der Paketverkehr nach Polnisch-Oberschlesien wird mit dem 25. Juli aufgenommen. Weitere Auskunft erteilen die Poststellen.

Arbeitsgemeinschaft der Kindererz. 19. Verwaltungsbereich: Bankw. Niederhöhenhausen, Buch. Hermsdorf, Karow, Buchholz, Dienstadt, 25. Juli: Hermsdorf nach Zegele-Platz, Baden, Buchholz, Karow, 150 M. Treffpunkt: Bahnhof Pantom-Rothbahn 9 Uhr. Pantom Hermsdorf und Bahnhof Pantom: Bahnhof Karow 8 1/2 Uhr morgens. — Donnerstag, 27. Juli: Karow-Rehbrücke. Treffpunkt wie oben, eine halbe Stunde früher. Treffpunkt 8 M. Jedes Kind soll Karow und Schloß sowie zu beiden Anfängen Padeausätze mitbringen. Eltern sind herzlich willkommen. — Niederhöhenhausen trifft sich 4,9 Uhr am Bismarckplatz zum Umarmen nach dem Bahnhof.

Einen Lehrgang über Wienersucht veranstaltet die Landwirtschaftliche Hochschule zu Berlin in den Räumen der Tierärztlichen Hochschule am 1. und 2. August 1922. Redungen zur Teilnahme sind unter Einzahlung der Gebühr von 20 M. an die Kasse der Landwirtschaftlichen Hochschule (Spandauerstraße 42) zu entrichten.

„Argentinien und seine Stellung in der Weltwirtschaft“. Auf Einladung des Deutsch-Argentinischen Centralverbandes spricht über dieses Thema Dr. Bartolomé D. Anzari, Spezialbelegter der argentinischen Regierung, am Mittwoch, den 26. Juli, abends 8 Uhr, in der Aula der Handelshochschule (Berlin C, Spandauer Str. 1). Eintritt frei.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas kühler, zeitweise aufkarend, aber noch überwiegend trübe mit wiederholten Regenfällen und ziemlich häufigen zwischen Südwest und Nordwest schwankenden Winden.

